

PARLAMENT DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

SITZUNGSPERIODE 2006-2007

Nr. 15

Ausführlicher Bericht

25. Juni 2007

DISKUSSION UND ABSTIMMUNG

DER PRÄSIDENT.- Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Herr Minister Paasch hat das Wort.

HERR PAASCH, Minister.- Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich zunächst bei den Rednern aller Fraktionen bedanken, die zu diesem sehr umfangreichen Dekret konstruktiv Stellung bezogen haben. Herr Strougmayer hat richtig gezählt: Es handelt sich um 30 kleinere und größere Maßnahmen, die – wie Kollege Palm richtig anmerkte – zu unserem Gesamtkonzept für mehr Unterrichtsqualität und für mehr soziale Gerechtigkeit gehören. Verschiedene Redner haben die bessere Betreuung der Lehramtsanwärter erwähnt. Diese bessere Betreuung der Lehramtsanwärter ist beispielsweise eine direkte Folge der Hochschulreform, die wir im Jahre 2005 verabschiedet haben. Aus dieser Reform ergibt sich die Notwendigkeit, unsere Studenten, unsere Lehramtsanwärter bestmöglich im Rahmen von Laboratorien, Übungsstunden und

Ausführlicher Bericht – Plenarsitzung vom 25. Juni 2007 - 687 -

Praktika auf ihren späteren, sehr anspruchsvollen Beruf vorzubereiten. Deshalb, und nur deshalb, haben wir die Finanzmittel in diesem Bereich übrigens mehr als verdoppelt. Das neue Auswahlverfahren für Sekundarschulleiter ist wiederum eine Folge der fundamentalen Dienstrechtsreform, die wir im Jahre 2006 in diesem Hause verabschiedet haben. Durch diese Dienstrechtsreform haben wir die Autonomie der Schulen und damit auch die Verantwortung der Schulleiter entscheidend gestärkt. Deshalb ist es sinnvoll, auf der einen Seite von den Schulleitern zu erwarten, dass sie eine besondere, maßgeschneiderte Ausbildung als Schulleiter absolvieren und sich permanent einer Bewertung unterziehen. Auf der anderen Seite ist es natürlich auch notwendig, die Schulleiter entsprechend zu bezahlen.

Seit eh und je – und das wird durch dieses Dekret nicht geändert – wird vom Sekundarschulleiter verlangt, dass er über ein Universitätsdiplom verfügt. Warum die CSP das nun gerade heute abändern will, darüber kann man nur spekulieren. Es ist jedoch in keinem Falle sinnvoll, von dieser Diplomanforderung abzusehen. Mehrere Kollegen haben zu Recht darauf hingewiesen: Man muss vom Chef zumindest dieselben Diplomanforderungen erwarten dürfen wie von seinen Angestellten und seinen Mitarbeitern. Sie wissen alle, dass die Lehrpersonen in der Oberstufe des Sekundarschulwesens über ein Universitätsdiplom verfügen müssen. Insofern macht es Sinn, dasselbe vom Schulleiter zu verlangen.

Zu einem Gesamtkonzept gehört natürlich auch Geld. Geld, das wir brauchen, um unsere anspruchsvollen Maßnahmen zur Steigerung der Unterrichtsqualität und für mehr soziale Gerechtigkeit finanzieren zu können. Deshalb – das haben wir vor kurzem anlässlich der ersten Haushaltsanpassung besprochen – erhöhen wir ja permanent den Unterrichtshaushalt, trotz sinkender Schülerzahlen. Deshalb sind wir aber auch gezwungen, Umschichtungen innerhalb des Unterrichtshaushaltes vorzunehmen, um neue Handlungsspielräume für neue Herausforderungen in eben diesem Bereich zu erarbeiten. Zu diesen Maßnahmen gehört in der Tat die Kürzung der bezuschussbaren Internatsplätze um 25%. Dies wird für uns Handlungsspielräume in einer Größenordnung von etwa 30.000 EUR pro Jahr eröffnen. Dazu gehört auch die Abendschulreform, die neue Handlungsspielräume in einer Größenordnung von etwa 200.000 EUR pro Jahr eröffnen wird.

Ich bin sehr dankbar dafür, dass die Oppositionsfraktionen – wenn ich richtig verstanden habe, auch die CSP und ganz ausdrücklich Ecolo – diesen beiden Durchforstungsmaßnahmen in sehr konstruktiver Art und Weise ihre Zustimmung geben. Mit diesen Handlungsspielräumen können wir einige wesentliche Maßnahmen ergreifen, beispielsweise diejenige, zusätzliches Lehrpersonal im Sekundarschulwesen einzustellen. Im

Sekundarschulwesen sind die Schülerzahlen seit 2002 um 524 Jugendliche, das sind 11,08%, gestiegen. Sie haben sich, wie verschiedene Redner zu Recht bemerkt haben, unterschiedlich auf die einzelnen Netze und die einzelnen Schulformen verteilt.

Daraus ergibt sich in der Tat – das sollte man zugeben – die Feststellung, dass das Stundenkapital heute unzureichend und ungerecht verteilt ist. Hinzu kommt, Kollege Chaineux, dass es außerdem wenig transparent verteilt wird.

Gerade vor diesem Hintergrund haben wir vier sinnvolle Maßnahmen ergriffen. Erstens haben wir das Stundenkapital erhöht. Inklusive BVA-Stellen werden im nächsten Schuljahr 662 Stunden mehr zur Verfügung stehen, als das Einfrierungsdekret aus dem Jahre 2003 ergeben hätte. 662 Stunden, das sind sage und schreibe 31,5 Vollzeitlehrerstellen! Alleine im Vergleich zum letzten Schuljahr macht diese neue Regelung eine Verbesserung um immerhin 200 Stunden aus.

Davon wird - Kollege Chaineux, das wissen Sie - insbesondere, aber bei weitem nicht nur, auch die größte Schule unserer Gemeinschaft, die Pater Damian-Schule in Eupen, profitieren, von der ich weiß, dass sie mit dieser Regelung auch einverstanden ist. Ihr Abänderungsvorschlag hätte übrigens dazu geführt – ich möchte das nur mal erwähnen -, dass diese Schule weniger bekommen hätte als durch unseren Vorschlag. Unser Vorschlag ergibt für die PDS 1.847 Stunden, der ihre nur 1.833 Stunden.

- 688 - Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Sie sehen, wir kümmern uns nicht nur um die Infrastruktur der größten Schule unserer Gemeinschaft, sondern auch um deren Personal.

Zweitens werden wir das Stundenkapital gerecht verteilen, indem wir es eben nicht mehr pro Schule einfrieren und indem wir dafür Sorge tragen, dass die Anzahl der Lehrpersonen wieder in einem gerechten Verhältnis zur Schülerzahl liegen wird.

Drittens wird der bereits beschriebene Abfederungsmechanismus dazu beitragen, dass keine Schule unter eine bestimmte Mindestgröße an Stundenkapital abrutscht. Damit wird ein nachhaltiger Beitrag dazu geleistet, die Sekundarschulstandorte in Kelmis, in Eupen, in Büllingen und in St.Vith abzusichern.

Viertens werden wir die BVA-Stellen transparent verteilen, Kollege Chaineux. Wir werden diesen neuen Mechanismus transparent gestalten. Von den 242 BVA-Stunden haben wir bereits 142 in organisches Stundenkapital umgewandelt und damit einen Beitrag zu hoher Transparenz geleistet. Für die übrigen BVA-Stunden – das habe ich Ihnen in der Tat zugesichert – werden wir alle Jahre eine Aufstellung im Parlament hinterlegen. Übrigens nicht nur im Parlament, sondern auch bei den Gewerkschaften, denen ich das ebenfalls zugesichert habe. Das stellt für mich überhaupt kein Problem dar, weil wir diese BVA-Stellen nach demselben Schlüssel verteilen werden wie das klassische organische Stundenkapital: für jeden nachvollziehbar und für jeden gerecht.

HERR CHAINEUX (*aus dem Saal*).- Das wurde unsererseits auch als eine positive Maßnahme genannt. Ich hoffe, dass Sie das auch so aufgenommen haben!

HERR PAASCH, Minister.- Ich bestätige diese positive Stimmung, die Sie hier übergebracht haben. ... (*Gelächter*) ... Kolleginnen und Kollegen! Durch diese vier Maßnahmen ist das damals eingefrorene Stundenkapital nun zu fast drei Viertel aufgetaut. Und wenn ich mir die Haushaltsdebatten der letzten zweieinhalb Jahre so anschau, dann werden wir alle feststellen, dass uns das kaum einer zugetraut hätte. Ich versichere Ihnen, es wäre völlig unmöglich gewesen, solche Maßnahmen zugunsten des Sekundarschulwesens zu ergreifen, wenn wir nicht gleichzeitig den Mut zu Durchforstungsmaßnahmen ergriffen hätten, Maßnahmen, die durchaus für den Einzelnen schmerzhaft erscheinen mögen, insgesamt aber für jeden vertretbar sind. Nun kann man sich immer noch mehr wünschen, aber ich bin der festen Überzeugung, dass jede einzelne Sekundarschule ab dem nächsten Schuljahr über ein ausreichend großes Stundenkapital verfügen wird, um den Jugendlichen in unserer

Gemeinschaft in vernünftigen Klassengrößen einen guten Unterricht zu erteilen. Dasselbe gilt für das Sonderschulwesen, für das wir in der Tat mehr Geld ausgeben, weil wir das Kapital, d.h. die Anzahl der Lehrerstellen im Verhältnis zur Schülerzahl, wieder für zwei Jahre nach unten einfrieren. Wenn ich dieses Kapital und die 600 Integrationsstunden zusammenrechne, dann wird man auch hier sagen müssen: Nichts ist perfekt, aber diese Betreuungsnormen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, diese Normen für das Unterrichten, Erziehen und die Integration für Menschen mit einer Behinderung werden im nächsten Schuljahr zu den besten in ganz Europa gehören. Und das ist gut so! Denn Menschen mit einer Behinderung, Menschen mit einer Beeinträchtigung verdienen unseren besonderen Schutz. Es gehört zu unserer Verantwortung, zu einer solidarischen Gesellschaft beizutragen. Und deshalb ist es unsere ureigene Pflicht, Menschen mit Behinderung gezielt zu fördern und zu unterstützen, auch im Unterrichtswesen.

Wenn ich diese gesamten Stundenkapitalregelungen überblicke, dann dürfen wir nach nur drei Jahren in dieser Legislaturperiode feststellen: Das Stundenkapital im Grundschulwesen wurde komplett aufgetaut, das Stundenkapital im Sonderschulwesen wurde sogar nach unten eingefroren und das Stundenkapital im Sekundarschulwesen zu fast drei Viertel ebenfalls aufgetaut. Das bedeutet, wir haben auf allen Schulebenen, in allen Schulformen zusätzliche Lehrpersonen eingestellt und damit dazu beigetragen, dass wir ab dem nächsten Schuljahr im belgischen Vergleich über eine sehr günstige Lehrer-Schüler-Relation verfügen.

Ausführlicher Bericht – Plenarsitzung vom 25. Juni 2007 - 689 -

Gleichzeitig haben wir mit den Gewerkschaften Maßnahmen vereinbart, um den Lehrerberuf aufzuwerten, damit wir keinen Unterrichtsausfall erleben und damit wir die neu geschaffenen Stellen auch mit motivierten Personen besetzen können. Dazu werden in dieser Legislaturperiode, übrigens noch in der nächsten Sitzungsperiode, mehrere Dekrete vorgelegt: die Erhöhung der Einstiegsgehälter um 10%, die Barema-Reform, das neue Statut für Zeitweilige. Ein Teil dieses Abkommens wird bereits jetzt umgesetzt – Kollege Palm hat darauf hingewiesen -: einige Urlaubsformen sind hinzugekommen, vor allem die sozial und familiär sinnvollen sowie natürlich das neue Modell der Altersteilzeit.

Wir waren vor zwei Jahren, genau wie in allen anderen Sektoren, im Unterrichtswesen gezwungen, die Lebensarbeitszeit zu verlängern. Dazu gibt es in ganz Europa keine Alternativen. Aber ich habe damals vor mehreren 100 Lehrpersonen zwei Versprechen abgegeben. Erstens habe ich versprochen, dass das eingesparte Geld im Unterrichtswesen bleiben wird. Das ist nachweislich der Fall.

Zweitens habe ich versprochen, mich zu bemühen, Maßnahmen zu ergreifen, um ältere Lehrpersonen zu unterstützen, um sie zumindest teilweise vom Unterrichtsstress zu befreien, damit sie eben nicht vorzeitig krank werden, womit niemandem gedient ist. Auch dieses Versprechen, Kolleginnen und Kollegen, lösen wir mit dieser neuen, finanziell höchst attraktiven und in der Zukunft sicher ausbaufähigen Form der Altersteilzeit nach skandinavischem Vorbild ein.

Genauso lösen wir das Versprechen ein, den Ernennungsstopp im Grundschulwesen nicht bis in die Ewigkeit zu verlängern. Ab dem Schuljahr 2008-2009 werden 95% des Stellenkapitals wieder zur Ernennung freigegeben. Das ist ausreichend erklärt worden. Das ist gut so für Lehrpersonen, die Planungssicherheit brauchen und übrigens auch gut für den Haushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft, weil die sozialen Lasten, die wir an den Föderalstaat zu überweisen haben, dadurch ebenfalls vermindert werden. Wir haben diesen Ernennungsstopp damals ganz bewusst auf drei Jahre begrenzt. Und auch wenn mir das damals kein Mensch geglaubt haben sollte, heute wissen wir, dieser Ernennungsstopp war eine Maßnahme im Interesse des Unterrichtswesens. Hätten wir damals nicht die Reißleine gezogen, hätten wir damals nicht den Mut zur Verantwortung aufgebracht, dann wäre das gesamte System in sich zusammengebrochen und Ernennungen wären auf lange Sicht unmöglich geworden.

Kolleginnen und Kollegen! Ich habe, trotz meiner lobenden Worte eben für die CSP, überhaupt kein Verständnis dafür, dass Kollege Chaineux vorhin erneut Kritik daran geübt

hat, dass wir einen einzigen Artikel der Sprachengesetzgebung – einen Artikel, der seit 1963 von keinem Unterrichtsminister angewandt wurde, auch nicht von Unterrichtsminister Wilfried Schröder – für die Dauer eines Jahres außer Kraft setzen wollen. Das können Sie gar nicht redlich kritisieren, denn Sie müssten wissen, dass, wenn wir das nicht getan hätten, zahlreiche Lehrpersonen von heute auf morgen aus der Vorrangstellung geflogen wären, für die sie viele Jahre gearbeitet haben, und dass wir vor allem keine einzige Lehrperson mehr hätten bezeichnen dürfen, die nicht perfekt zweisprachig ist, die nicht sowohl über die gründliche Kenntnis der deutschen als auch über die gründliche Kenntnis der französischen Sprache verfügt - weder in den deutschsprachigen Abteilungen noch in den französischsprachigen Abteilungen.

Wissen Sie, Kollege Chaineux, was das für das nächste Schuljahr für die Lehrpersonen, aber vor allem auch für die Kinder und Jugendlichen in unseren Schulen bedeutet hätte? Nein, Kollege Chaineux, auch ich würde mich freuen, wenn alle Lehrpersonen unserer Gemeinschaft, ja alle Menschen in unserer Gemeinschaft sowohl über die gründliche Kenntnis der französischen als auch über die gründliche Kenntnis der deutschen Sprache mit entsprechenden Diplomen verfügen würden! Aber, das ist nicht der Fall, und es bringt überhaupt gar nichts, die Augen vor dieser Realität zu verschließen.

Es wäre unverantwortlich gewesen, diesen Artikel jetzt nicht außer Kraft zu setzen, vor allem vor dem Hintergrund, dass die Französischkenntnisse gerade durch die eben schon beschriebene Dienstrechtsreform aus dem Jahre 2006 bei der Bezeichnung von Lehrpersonen noch einmal besonders Berücksichtigung finden können ... (*Vereinzelter Applaus*) ... Es wäre sehr viel besser, wenn

- 690 - Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft

wir gemeinsam den Mut aufbrächten, über das Amt eines Fachlehrers „Französisch“ im Grundschulwesen nachzudenken. Das hat der Kollege Vorgänger Schröder nicht getan, das hat Herr Gentges nicht getan, das habe ich selbst bisher auch nicht getan, nicht weil wir das nicht gewollt hätten, sondern weil das eine unwahrscheinlich schwierige Aufgabe, vor allem aus organisatorischer Sicht in kleineren Schulen ist. Dennoch sollten wir es gemeinsam mit viel Kreativität und Dialogbereitschaft versuchen.

HERR CHAINEUX (*aus dem Saal*).- Genau das ist unser Vorschlag: Wir möchten dieses Thema erneut vorbringen, nur in einem anderen Rahmen. Genau das haben wir gesagt!

HERR PAASCH, Minister.- Ja, sicher, Sie haben diesen Vorschlag gemacht, aber Sie hätten noch besser – so glaube ich zumindest – daran getan, für diesen von uns vorgeschlagenen Artikel zu stimmen, im Interesse der Schulgemeinschaften und im Interesse insbesondere der Kinder und Jugendlichen, die ein Anrecht auf einen Lehrer haben, der sie im nächsten Schuljahr unterrichtet. Das wäre durchaus problematisch gewesen, wenn wir Ihren Ideen da gefolgt wären. Die Dialogbereitschaft ist von mehreren Rednern gewürdigt worden; das freut mich! Es stimmt auch, dass die Gewerkschaften das ausdrücklich erwähnt haben, und ich gebe den Gewerkschaften, den Sozialpartnern dieses Kompliment sehr gerne zurück. Aber wir haben in den letzten sieben Monaten nicht nur mit den Gewerkschaften, den Personalvertretungen gesprochen, wir haben dieses Dekret in unzähligen Versammlungen mit allen Schulschöffen, mit den Verantwortlichen des freien Unterrichtswesens, mit Schulleitern auf allen Ebenen, mit den Netzkoordinatoren, mit vielen Lehrpersonen in öffentlichen Versammlungen, mit ganzen Schulgemeinschaften bei Schulbesuchen, mit Interessenverbänden, ja mit ganzen Dorfgemeinschaften besprochen. Dies gilt für alle Maßnahmen dieses Dekrets und ganz besonders natürlich für das Thema der Dorfschulen. Wir verfügen diesbezüglich mit Österreich europaweit über die günstigsten Normen; das ist vorbildlich.

Wir alle wissen natürlich, dass Dorfschulen für den ländlichen Charakter eines Gebietes sehr wichtig sind. Aber es gehört zu unserer Verantwortung zu vermeiden, dass es wegen dieser

Erhaltungsnormen oder wegen dem Erhalt einer Schule zu einem Kampf um Kinder kommt. Das ist ein heißes Eisen! Wir haben es angepackt und dazu einen Vorschlag gemacht, den wir auf der eben beschriebenen breiten Art und Weise mit den Dorfgemeinschaften zum Teil selbst diskutiert haben. Dabei haben viele Schulverantwortliche und auch einzelne Bürger Vorschläge gemacht, die wir aufgenommen und dann mit den betroffenen Gemeinden, den Schulleitern und Schulschöffen diskutiert haben.

Das Ergebnis – es wurde bereits eben vorgestellt – ist ein gemeinsamer Vorschlag von Regierung und den Gemeindekollegien – übrigens nicht nur den Gemeindekollegien, die eben im Bericht erwähnt wurden, sondern meines Wissens von allen Gemeindekollegien in der Deutschsprachigen Gemeinschaft. In Zukunft werden also für die Erhaltungsnorm einer Dorfschule alle Kinder zählen, die aus dem Dorf selbst stammen und die aus einer Ortschaft stammen, in der es keine Grundschule gibt. Damit ergibt es in Zukunft überhaupt keinen Sinn mehr, wenn Dorfschulen auf die Idee kämen, sich gegenseitig Schüler abzuwerben. Es ist ein guter Kompromiss der – wie Kollege Palm sagte – nicht alle Probleme löst, aber sehr viele.

Diesen Dialog haben wir auch bei der Dirigentenausbildung praktiziert, als wir uns dazu durchgerungen haben, endlich einmal dem akuten und offenkundig feststellbaren Mangel an Dirigenten in unseren Vereinen eine Lösung entgegenzustellen. Wir alle wissen, wie wichtig Vereine für das kulturelle und das gesellschaftliche Leben unserer Gemeinschaft sind. Da freut es mich ganz besonders, gemeinsam mit Föderkam und der Musikakademie einen Lehrplan entwickelt zu haben, um endlich in der Deutschsprachigen Gemeinschaft eine Ausbildung zum Dirigenten anbieten zu können.

Selbstverständlich waren wir dazu bereit, einen Teil unserer Handlungsspielräume in diese neue Ausbildung zu investieren.

Ausführlicher Bericht – Plenarsitzung vom 25. Juni 2007 - 691 -

Kolleginnen und Kollegen! Dieser Dialog hat sich im Parlament meines Erachtens auf vorbildliche Art und Weise fortgesetzt, und ich wende mich auch bewusst in die Richtung der Kollegen der CSP: Sie haben Vorschlägen der Mehrheit zugestimmt, wir haben Vorschlägen zugestimmt, die sie eingereicht haben. Das verstehe ich unter einer gesunden politischen Kultur! Wir haben überall dort, wo es möglich war, einen Konsens gesucht und auch gefunden. Wir haben als Regierung natürlich überall dort, wo es nötig war, auch eigenständig Entscheidungen getroffen. Der Weg zu diesem Dekret war ein langer, ein aufwändiger, ein anstrengender, aber es war ein richtiger Weg, denn es ist der Weg der Bürgernähe, der Partizipation, des Dialogs und der gesunden politischen Kultur. Deswegen werden wir auch in Zukunft alle unsere Vorhaben über diesen Weg beschreiten. Ich hoffe, Kolleginnen und Kollegen, Sie werden diesem Dekret zustimmen, wenn ich das richtig verstanden habe, sogar einstimmig. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Allgemeiner Applaus)

Das Dekret ist mit 25 Jastimmen einstimmig angenommen.